



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Expertenanhörung zur Bedrohungslage von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport führt eine Expertenanhörung zur Problematik durch, dass in Bayern Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in zunehmendem Maße belästigt, beleidigt, bedroht oder sogar körperlich angegriffen werden.

Begründung:

Die Ergebnisse einer aktuellen repräsentativen Umfrage des Magazins KOMMUNAL für die ARD zur Bedrohungslage von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die vor dem Hintergrund des Mordes am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke durchgeführt wurde, geben Anlass zur Sorge. 40 Prozent aller Rathäuser bundesweit haben demnach mit Stalking, Beschimpfungen und Drohungen zu kämpfen gehabt. Bedrohungen sind Alltag für die auf der kommunalen Ebene Engagierten und die Kommunalverwaltungen. Einschüchterungen und Hassbotschaften finden dabei nicht mehr nur in der Anonymität der sozialen Medien im Internet statt, sondern sie erreichen auch die Amtsstuben und dringen bis in das Privatleben von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen vor. Der Hass wird dabei immer offener und direkter ausgesprochen, so ein Fazit der Autorinnen und Autoren der Umfrage. Besonders erschreckend ist, dass gewalttätige Angriffe auf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie auf andere kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen immer weiter zugenommen haben. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt vor einer Gefahr für die lokale Demokratie und fordert Achtung und Respekt gegenüber den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern.

Bayern liegt der Umfrage zufolge bei den Kennzahlen zwar etwas unter dem Bundesdurchschnitt; nichtsdestotrotz sind die Zahlen erschreckend. Mit persönlichen Beleidigungen und Beschimpfungen sind Kommunalpolitikerinnen und -politikern in Bayern sogar stärker konfrontiert als der Bundesdurchschnitt. Eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dieser Entwicklung ist dringend geboten. Ein Teil der Angriffe ist rechtsextremistisch motiviert und wurde insbesondere von sogenannten Reichsbürgern begangen.

Im Rahmen der Anhörung sollen auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Gemeinderätinnen und -räte, sonstige kommunale Mandatsträgerinnen und -träger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Behörden und Einrichtungen in Bayern zu Wort kommen. Sie erhalten die Gelegenheit, dem Ausschuss Rückmeldung zu geben über persönliche Erfahrungen zur Verrohung des Miteinanders im Allgemeinen sowie

zu Belästigungen, Beleidigungen, Bedrohungen und sonstigen Angriffen online wie offline im Besonderen, seien sie politisch oder anderweitig motiviert. Daneben soll im Rahmen der Anhörung beleuchtet werden, zu welchen Analysen und Schlussfolgerungen Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft mit Blick auf die Problematik kommen.

Ein Aspekt, auf den dabei eingegangen werden soll, ist, inwiefern Frauen, die sich kommunalpolitisch für das Gemeinwohl engagieren, angefeindet werden und gefährdet sind. Dabei soll die Frage beantwortet werden, welche Rolle Frauenfeindlichkeit und Sexismus bei entsprechenden Belästigungen, Hassbotschaften, Bedrohungen oder gar tätlichen Angriffen spielen.

Ziel der Expertenanhörung ist es, einen umfassenden Blick auf die Lage kommunal Engagierter in Bayern zu gewinnen und mögliche Strategien und Gegenmaßnahmen aufzuzeigen mit Blick auf die Bedrohungen und Gefährdungen von kommunalen Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern.